



Eberhard Gienger: Berlin Aktuell

Liebe Leserinnen und Leser,

am gestrigen Donnerstag wurde die neue Steuerschätzung vorgestellt. Nach Berechnungen des Arbeitskreises Steuerschätzungen werden die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren zwar weiter ansteigen, aber nicht mehr so stark wie zuletzt angenommen. Bund, Länder und Kommunen müssen nach der aktuellen Steuerschätzung bis zum Jahr 2023 mit 124,3 Milliarden Euro weniger auskommen als noch im Herbst erwartet. Für den Bund alleine ist mit 74,1 Milliarden weniger zu rechnen.

Trotzdem wollen wir an der schwarzen Null festhalten, im Sinne einer generationengerechten Politik dürfen wir keine „Wohltaten“ zu Lasten der jungen Menschen in unserem Land begehen. Momentan sprechen wir noch davon, dass die Zuwächse bei den Steuern nicht mehr so stark ausfallen, wir sind noch weit von sinkenden Einnahmen oder einer Rezession entfernt.

Deshalb warne ich davor, in Panik zu geraten. Wir müssen aber bereits heute damit beginnen, alle Positionen auf den Prüfstand zu stellen um vorbereitet zu sein, sollte sich die Konjunktur weiter abkühlen.

Vor diesem Hintergrund sehe ich auch die SPD Forderung nach einer Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung kritisch. Wir tun bereits viel, um Menschen zu helfen, die in schwierige Lebenslagen geraten sind. Sie müssen sich auf uns verlassen können, aber für mich ist auch klar: Wer beispielsweise hohe Mieteinnahmen und eine geringe staatliche Rente hat, ist für mich nicht bedürftig und benötigt auch keine Grundrente.

Das ist das Prinzip unseres Sozialstaates. Als Mitglied des Bildungsausschusses steht für mich außer Frage, dass wir in die Bereiche Bildung, Forschung, Innovation, Infrastruktur, Breitbandausbau, neues Mobilfunknetz und künstliche Intelligenz weitaus mehr investieren müssen als bisher.

Mit besten Grüßen

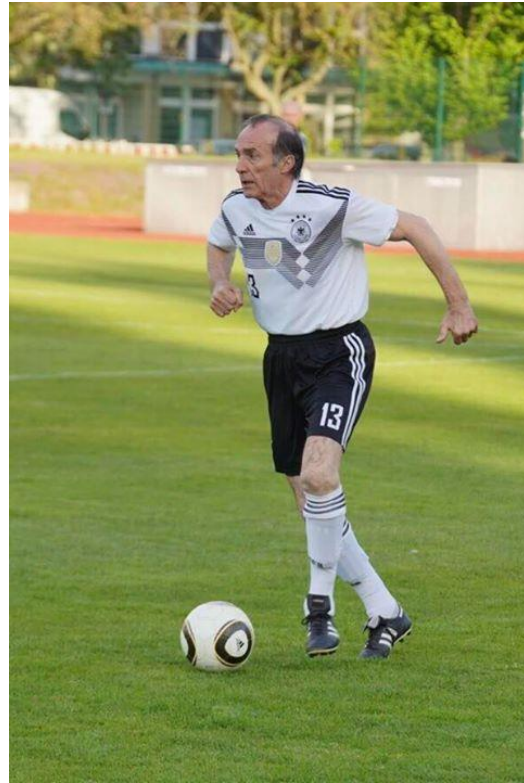
Ihr

Eberhard Gienger

Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Am gestrigen Donnerstag wurde in erster Lesung über das Fachkräfteeinwanderungsgesetz diskutiert. Ziel des Gesetzentwurfs ist es, die Bedarfe des Wirtschaftsstandortes Deutschland und die Fachkräftesicherung durch eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten zu flankieren und so einen Beitrag zu einem nachhaltigen gesellschaftlichen Wohlstand zu leisten. Im Rahmen der migrationspolitischen Gesamtstrategie wird die Fachkräftezuwanderung eingebunden in eine ausgewogene Balance zwischen der herausgeforderten Integrationsfähigkeit der Gesellschaft und dem wirtschaftlichen Interesse an Zuwanderung von Fachkräften. Zur Migrationssteuerung gilt es klar und transparent zu regeln, wer zu Arbeits- und Ausbildungszwecken nach Deutschland kommen darf und wer nicht. Der Grundsatz der Trennung zwischen Asyl und Erwerbsmigration wird beibehalten. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz entspricht dem Grundsatz der CDU und CSU, dass es Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme nicht geben darf. Grundsätzlich soll eine Zuwanderung nur dann erfolgen, wenn eine passende Arbeitsstelle vorliegt: Keine Zuwanderung ohne Job. Ein Aufenthaltstitel zur Arbeitssuche darf nur erteilt werden, wenn die Voraussetzungen stimmen und berechtigt nicht zum dauerhaften Aufenthalt.

Impressionen



Spiel des FC Bundestag gegen eine Auswahl des Landkreises Landsberg am Lech.

Termine

Samstag, 11.05.2019

Besuch von Infoständen der CDU zur Kommunalwahl:

08:00 Uhr: Besigheim Rathausplatz

09:00 Uhr: Marbach Fußgängerzone

10:00 Uhr: Erdmannhausen vor „nah und gut“

11:00 Uhr: Eröffnung "Tag der Städtebauförderung" Oberstenfeld, Stiftsgebäude

Samstag, 18. Mai 2019

08:00 Uhr: Infostand Abstatt Bäckerei Jürgens

09:00 Uhr: Infoveranstaltung Bachbegehung in Talheim, Rathausplatz

10:30 Uhr: Infostand Brackenheim - Rathaus

Donnerstag, 23. Mai 2019

15:00 -17:00 Uhr: Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro, Pleidelsheimer Str. 11 in 74321 Bietigheim-Bissingen statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Samstag, 24. Mai 2019

11:00 Uhr Infostand Leingarten, Rathaus